

MAGAZIN

Monika Frommel

Gewalt als attraktive Lebensform*

Einleitung

Knapp drei Monate nach den Krawallen in Hamburg vom 8./9. Juli 2017 anlässlich der geplanten Blockade des G20-Gipfels teilt die Hamburger Staatsanwaltschaft mit, dass sie gegen verantwortliche Organisatoren ermittelt, zum schweren Landfriedensbruch angestiftet zu haben. Im Folgenden wird dieser Aspekt ausgespart. Ausgewählt wird eine Reaktion, die nach der hier vertretenen Meinung zu kurz greift, nämlich die Neigung von Liberalen, „linke“ und „rechte“ Gewalt bzw. „Links- und Rechtsextremismus“ gleichzusetzen und nun auch einen „Kampf“ gegen den „Linksextremismus“ zu fordern. Zwar liegt es aus der Perspektive einer politischen „Mitte“ nahe, die gesellschaftlichen und politischen Ränder als „gleich weit“ weg vom eigenen Milieu und der eigenen Überzeugung zu konstruieren. Ein Unterschied fällt aber sofort auf: „extreme Rechte“ greifen Menschen, die sie als unerwünscht erklären an, sie wollen Flüchtlinge vertreiben und Migranten das Leben schwer machen. Die „interventionistische Linke“ hingegen pflegt einen *leeren Antikapitalismus*. Inhaltsleer ist dieser, weil ritualistisch Floskeln der Vergangenheit wiederholt werden, man müsse gegen *strukturelle Gewalt* „kämpfen“, und zwar auch mit Gewalt, aber „nur mit Gewalt gegen Sachen“¹. Da ist sie – die unsägliche und seit 50 Jahren rituell beschworene Unterscheidung zwischen „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“, wobei Polizisten – was ja bemerkenswert ist – nicht als Personen, sondern als Repräsentanten der Staatsgewalt umdefiniert werden. Kriminologen nennen das eine *Neutralisierungstechnik*, welche dann frei verfügbar alles Mögliche „rechtfertigt“. Auch diese Strategie ist ziemlich alt. Schon 1967 legitimierten Gudrun Ensslin zusammen mit Andreas Baader und zwei weiteren

* Titel der Abschiedsvorlesung von Jan Philipp Reemtsma am 8.6.2015 im Hamburger Institut für Sozialforschung. Vgl. hierzu auch den Band zur Klärung des Hintergrunds des Phänomens der sinnlosen Gewalt: Mittelweg 36, 3/2017 und sein Zeit-Interview: <http://www.zeit.de/2017/33/gewaltforschung-g20-gipfel-politik-schwarzer-block>.

1 Die Bereitschaft dieser Gruppen zu massiver Gewalt war der Hamburger Innenbehörde bereits einige Zeit vor den Hamburger Krawallen 2017 bekannt: <http://www.hamburg.de/innenbehoerde/linksextremismus/9100808/autonome-szene-organisatoren-welcome-to-hell/>.

Mittätern im sog. Frankfurter Kaufhausbrand ihr Tun damit, dass die angezündete Matratze nur eine Sache und die Gefahr eines Brandes zu vernachlässigen gewesen wäre. Dennoch war diese Sache für die Brandstifter folgenreich, denn der Prozess brachte ihnen drei Jahre Gefängnis ein und war wohl der Anfang vom Ende, allerdings auch der Anfang von Otto Schilys Ruhm als „linker“ Anwalt und gut zwanzig Jahre später als angeblich „rechter“ Innenminister unter Gerhard Schröder. 50 Jahre nach den Anfängen der RAF fragt Wolfgang Kubicki, wie es wäre, wenn es eine „Braune Flora“ gäbe und fordert das Ende aller „rechtsfreien Räume“². Die Hamburger CDU folgt dieser sehr kurz gegriffenen Analyse und möchte die „Rote Flora“ schließen. Im Folgenden wird gezeigt, dass die Selbsteinschätzung der „Interventionistischen Linke“ trügt. Sie ist nicht links, sondern nur gewaltbereit. Die politischen Phrasen sind nichts anderes als vorgeschobene Floskeln, inhaltlich leer. Hingegen gibt es jede Menge „rechtslastiger“ Einrichtungen, gesponsert mit viel Geld, etwa das Kolleg Weikersheim³. Diese Netzwerke betreiben auch eine aktive Werbung für ihre Position. Die Geschichte der letzten Jahrhunderte ist voll von „rechtsfreien, braunen Räumen“. Dennoch macht es keinen Sinn, inhaltlich Verschiedenes gleich zu setzen, weil es „extrem“ erscheint. Umgekehrt ist es nicht minder ideologisch, strukturelle Ähnlichkeiten derer zu leugnen, welche nicht in den Institutionen Politik machen wollen, sondern pauschal „das Establishment“ abwerten. Diese Ähnlichkeiten sollen im Folgenden Thema sein. Widersprochen wird dem Spruch der Verantwortlichen der Roten Flora kurz nach diesem Debakel im Juli: „wir sind zwar radikal, aber nicht doof“. Ihre Forderungen sind nicht „radikal“, sondern inhaltsleer, und zu glauben, sie seien „nicht doof“, ist auch übertrieben, denn dann hätten sie mehr Weitsicht gezeigt. Was also macht die Attraktivität sinnloser Gewalt aus. Was hat sich in den letzten 50 Jahren geändert, was ist vergleichbar geblieben?

1. Attraktivität von Gewalt als Lebensform

Jan Philipp Reemtsma⁴ untersucht die Attraktivität von Gewalt als Lebensform oder – wenn sie episodisch auftritt – als „Gruppenerlebnis“ und unterscheidet die uns besonders rätselhaft und sinnlos erscheinende ziellose Aggressivität mit dem meist zielgerichteten kriminellen Verhalten eines Räubers oder Vergewaltigers. Die vordergründig nicht verstehbare Aggressivität nennt er „autotelische Gewalt“ (116). Sie folgt keiner instrumentellen Logik, wird also nicht zur Erreichung eines Ziels (etwa einer Hausbesetzung) eingesetzt. Diese Gewalt kann eine maßlose Machtdemonstration sein oder die Aktion eines meist jungen Mannes, der in der Hierarchie einer Gruppe eine attraktive Position erreichen, sie zumindest halten oder seinen Status verbessern will. Ent-

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166681695/Hiesse-es-Braune-Flora-wuerden-alle-sagen-Schluss-damit.htm>.

3 [https://web.archive.org/web/20071219202123/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/forum/ede3.html](https://web.archive.org/web/20071219202123/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/forum/rede3.html).

4 Reemtsma, Vertrauen und Gewalt, 2009, 104-116.

scheidend ist die Selbstreferenz. An besonders eindrucksvollen Beispielen wie extreme Brutalität in Kriegen und/oder Terror zeigt Reemtsma, dass diese Ziellolosigkeit ein wesentliches Phänomen ist, das es zu beschreiben gilt. Dabei scheiterten jedoch „Versuche, Terror nach Maßgaben instrumenteller Logik zu verstehen“ (411), schon daran, dass „die aktive Teilnahme an einem Terrorsystem so viel an psychischer Gratifikation mit sich bringt, dass das Risiko zu einem Opfer zu werden, wesentlich geringer wiegt“ (413). Der Vorteil der Perspektive Reemtsmas ist der, dass er nicht versuchen muss, nach Inhalten zu unterscheiden, etwa zwischen „linkem“ (Protest), neuerdings „islamistischer“ (Verbreitung von Furcht und Schrecken) oder „rechter“ Gewalt (wahllose Unterdrückung oder Zerstörung bestimmter Menschen, die lediglich zu einer ideologisch als „minderwertig“ abgewerteten Gruppe gehören). Auch bedarf es keiner „Gender“- Perspektive, um zu erklären, wieso zu allen Zeiten und in allen Kulturen junge Männer überrepräsentiert sind. Derartige Hierarchien sind Relikte aus „kriegerischen Zeiten“ und schon von daher nur für einen spezifischen Typus von „angestrebter Männlichkeit“ attraktiv. Reemtsma wählt starke historische Beispiele, den Terror der Bolschewiken, der Stalinisten oder der SA (Stichwort: Entmodernisierung durch Bandenbildung, 386 ff.): „Ist das Klima revolutionären Terrors einmal etabliert, verliert Gewalt jegliche instrumentelle Logik“ (311). Welche Attraktion wohnt insbesondere der in Gruppen ausgeübten autotelischen Gewalt inne?

II. Die Randalie im Schanzenviertel in der Nacht vom 9. auf den 10.7.2017 durch „normale“ Partygänger und brutale Akteure aus dem „Schwarzen Block“

Übertragen wir die Einsichten von Reemtsma über autotelische Gewalt auf dieses verstörende Geschehen⁵. Zweifellos war es ein gewaltiges „Gruppenerlebnis“. Aber fragt man nach dem „Gewinn“ für die als Blockierer angereisten Protest-Touristen und den Zielen der um die Rote Flora herum sozialisierten „interventionistischen Linken“, kann man allenfalls sagen, dass sie offenbar eine politische Machtfrage beantworten wollten: kann ein Gipfel in einer Großstadt wie Hamburg abgehalten werden? Sollte das ihr Ziel gewesen sein, dann haben sie verloren. Verloren haben sie aber auch, wenn man übergreifend fragt, was 50 Jahre nach 1968 die Zuschreibung „links“ bedeuten kann. Im Folgenden wird die These aufgestellt, dass sich das Streben nach mehr Demokratie, die Garantie von Grundrechten und die Verbesserung von Chancengleichheit nicht mehr als „linke“ Ziele verstehen, sondern mehrheitsfähig geworden sind. Wer dagegen ist, gilt als „rechts“. Wer mit „links“ eine fundamentale Kapitalismuskritik meint, muss zeigen, wie dieses Ziel umgesetzt werden soll. Wer meint radikal sein zu müssen, geht in die Falle, die sinnlose Gewalt nun einmal darstellt. Reemtsma nennt solche Gewalt „autotelisch“. Übertragen auf die Hamburger Krawalle passt zu seiner Diagnose, dass es ganz „normale“ Partygänger (*Riot-Kids*) waren, die in einer aufgeheizten und gewaltschwangeren Atmosphäre jeden Hauch von Zivilität verloren

5 Vgl. hierzu *Nassehi*, <http://www.zeit.de/kultur/2017-07/g20-linke-gewalt-kapitalismuskritik-globalisierung-essay/komplettansicht>.

haben und ein sog. „linkes Viertel“ demolieren, in dem sie Schlafplätze für die Demonstration bekommen hatten. Aber auch die martialische Aufmachung des Schwarzen Blocks und der Name der Demonstration „welcome2hell“ zeigten schon, was zu erwarten war. Um es vorweg zu sagen, ein *zielgerichtetes* Verhalten kann bei keiner dieser auch in sich durchaus heterogenen Gruppen erkannt werden⁶. Zwar behauptet die Organisatorin der „interventionistischen Linken“ in Hamburg⁷, die Politik-Studentin Emily Laquer (TAZ vom 13.7.2017), die „Linken“ hätten den G20-Gipfel „behindern“ wollen. Aber was ist das für ein Ziel: inhaltliche Kritik durch reine Blockade und Randalen zu verdrängen? Es hat etwas von Tragik, dass außerparlamentarische Aktivitäten in den letzten 50 Jahren meist nur der Verhinderung dienen. Selbst beim Protest gegen den Bahnhof 21 in Stuttgart entstand kein ernsthaft arbeitender runder Tisch. Entstanden sind zwar in den Städten kleine Parallelgesellschaften wie etwa in Hamburg die Rote Flora. Aber konstruktive Gestaltung verlangt mehr. Bleibt dies aus, hat das Folgen. Denn eine derart vage Kritik an der Globalisierung verdeckt mehr, als sie erklärt. Sie ist außerdem völlig voluntaristisch, denn sie folgt einer Ideologie der beliebigen Veränderbarkeit und weitgehenden politischen Machbarkeit, wenn man nur will. Das ist bei einem weltweit stattfindenden und ökonomisch sich stabilisierenden Prozess geradezu absurd. Was wir in der Welt beobachten, fordert eher einen Gipfel, auch und gerade in einer Weltstadt wie Hamburg. Globalisierung findet nun einmal statt, unabhängig davon, ob das angeblich „links“ Denkende wollen oder nicht. Diskutieren und wenn möglich minimieren müssen wir alle, erst recht die politisch Handelnden die riesigen Nachteile, die dieser Prozess für ganze Regionen und auch in reichen Ländern für sog. Globalisierungsverlierer mit sich bringt. Dass dies in manchen politischen Systemen überhaupt nicht und insgesamt gesehen nicht angemessen geschieht, kann nicht bestritten werden. Aber hätte eine erfolgreiche Blockade des Gipfels irgendeinen Nutzen gehabt? Sicher nein, was zeigt, dass es um etwas anderes geht. Wäre von allen Demonstranten eine gehaltvolle internationale Gegendemonstration gewollt worden, dann hätte ein Teil dieser politischen Debatten auch in der Roten Flora stattfinden können und mit bunten Veranstaltungen und breiten Debatten internationale Aufmerksamkeit erregt. Stattdessen wollte man sich offenbar nur mit Polizisten rangeln, also ausgerechnet den am schlechtesten bezahlten Ordnungskräften. Dass diese am Ende völlig erschöpft waren und das Schanzenviertel „opferten“, es aus ihrer Sicht opfern mussten⁸, kann man unterschiedlich deuten. Geplant war das sicher nicht, aber in Kauf genommen. Nicht nur fehlende Weitsicht, welches Maß an Destruktivität die

6 Koenen, Frappierend ziellos, DIE ZEIT Nr. 29/2017 vom 13. Juli, S. 19.

7 Derartige Gruppen gibt es in zahlreichen Städten, auch international vernetzt.

8 <http://www.abendblatt.de/hamburg/article211218255/G20-Gipfel-Alle-Gewalttaeter-vom-Dach-schon-wieder-frei.html> (download vom 13.7.2017). Natürlich hat die Überforderung der vor Ort tätigen Polizisten eine Vorgeschichte. Sie hatten langfristig den Schutz des Gipfels als Priorität gesetzt <http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/scholz-unter-druck-internes-polizeipapier-schutz-des-g-20-gipfels-hatte-vorrang-15106511.htm>. Als dann die Frage nach der Priorität akut wurde und auch noch das Leben und die Gesundheit der Polizisten gefährdet schien, entschieden die Einsatzleiter zugunsten ihrer Leute. Aber dennoch hatte niemand mit einer derartig heftigen Blockade gerechnet und solch tatkräftiger Unterstützung durch eigent-

„interventionistische Linke“ einkalkuliert hat, sondern bereits die Prioritäten der Sicherheitspolitik (Teilnehmer des Gipfels sind zu schützen) erklären, dass die Lage relativ früh nicht mehr beherrschbar war. Der Rückzug der Polizei öffnete im Ergebnis für einige Stunden einen staatsfreien Raum. Er zeigt die ganze Paradoxie der Gipfelgegner. Denn eigentlich müsste das Fehlen staatlicher „Willkür“ einer „Linken“, die für die Freiheit zu kämpfen vorgibt, freudiger Anlass zu konstruktiven Aktivitäten sein⁹, aber sie waren nur auf Blockade und Krawall gebürstet. Das Kontrolldefizit wurde nur kriminell genutzt für neue und nun gegen die Bewohner gerichtete Aggression (Sachbeschädigung, Raub, Brandstiftung). Es ist diese eine – für Kriminologen erwartungsgemäße – Folge und zeigt die Leere des sich „links“ nennenden Protests. Sobald sich wieder ein Polizist sehen ließ, ging es weiter – nun mit Vorbereitungshandlungen für gezielte Tötungen und Verletzungen. Kein gutes Zeichen für eine Subkultur, die eigentlich dem freien Spiel der Kräfte Raum lassen will. Wenn der Jargon der „Eigentlichkeit“ nötig wird, muss man fragen: um was also ging es den Organisatoren der Blockade eigentlich?

Was hat eine sich „links“ nennende Gruppe davon, nur noch zu versuchen, die Kosten für einen Gipfel so hoch zu schrauben, dass er nur noch auf Orten wie Helgoland oder einer unzugänglichen Insel stattfinden kann? Abgesehen vom kurzfristigen Medien-Echo hat das keinen Sinn; auch noch ohne die Anwesenheit der Welt-Presse der Protest weitgehend inhaltsleer wird. Es ist also neben der unmittelbaren Realitäten verdrängenden Gruppendynamik¹⁰ noch ein weitere Faktor zu bedenken: der in diesen Subkulturen übliche Überbietungswettbewerb innerhalb der Protest-Szenen („links“, „linker“ am „linkesten“ – wobei der Doppelsinn hier stehen bleiben kann).

III. Historische Vorbilder

1. War die RAF Teil einer „linken Protestkultur“?

Wer sich über die linke Protestkultur zu Zeiten der RAF informieren möchte, der lese die im Auftrag der Innenminister-Konferenz gefertigten Arbeiten zu „*Protest und Re-*

lich Nicht-Betroffene (etwa die sog. *Riot-Kids*). Das kann man kritisieren, aber nicht in Form einer Schuld-Umkehr. Die Täter sind klar. Die Kontrolle hätte allerdings „noch besser“ sein können. Vgl. hierzu aus polizeitaktischer Sicht Joachim Kersten: <http://www.spiegel.de/video/g20-gipfel-in-hamburg-kriminologe-kritisiert-polizeieinsatz-video-1781487.html> (download 13.7.2017).

- 9 Die Polizei erwartete Hausbesetzungen und hatte eine Vielzahl von Schlüsseln. Aber dass von den Dächern mit der Gefahr lebensgefährdender Verletzungen Geschosse auf Polizisten geworfen werden könnten und bereits gehortet worden waren, mit so viel Zerstörungswut rechnete sie nicht. Erst ein paramilitärisches SEK beendete diesen Irrsinn.
- 10 Popitz 2006, Soziale Normen, in: (Hg.) Pohlmann/Eßbach, Realitätsverlust in Gruppen, S. 175 ff.

aktion“¹¹. Es ist eine sorgfältig belegte Analyse aus dem Jahr 1984, deren „eigentliches“ Ziel (im Sinne der Auftraggeber) es zwar sein sollte, „Analysen zum Terrorismus“ zu gewinnen, um künftig präventiv und repressiv besser reagieren zu können, die Studie bietet aber weit mehr als Politikberatung üblicherweise leistet. Allerdings sind auch diese Autoren Kinder ihrer Zeit. Für sie ist die RAF Teil einer „linken Protestkultur“, eine Annahme, die uns heute eher fragwürdig erscheint. Instinktiv hatten die Autoren auch das Gefühl, dass sie sich auf einem unsicheren Terrain bewegen. Denn Heinz Steinert u.a. beginnen ihre Studie mit einem „höflichen Ersuchen, diese Arbeit nach Möglichkeit so zu lesen, wie sie gemeint ist“. Denn sie wollten aus einer *Beobachter-Perspektive* auf den Staat und seine Geschicke blicken. Der Terrorismus der RAF sei nicht „aus der Art der Taten zu erklären“ (394), meinen sie, sondern nur eine Reaktion. Dies ist das Motiv vieler sich selbst als „links“ verstehenden Kommentatoren, und zwar bis heute. Die Autoren fahren fort: „Der Charakter der terroristischen Bedrohung“ liege im Auge des Betrachters¹², was im spezifischen Falle bedeute: in „der Herausforderung durch den Staat“ (395). Die als Beobachtung etikettierte Bewertung wird sogar noch zugespitzt zu der These, dass „eine Erklärung des „linken“ Terrorismus mit einer Erklärung der Jugend- und Studentenbewegung zusammengehen muß“ (409). Schon damals bezweifelten andere, sich eher als „liberal“ etikettierende Beobachter der RAF, wie etwa Heribert Münkler, diesen Zusammenhang. Diese wiesen darauf hin, dass alle Akteure im Umfeld der RAF lediglich „Versatzstücke marxistischer Theorie vergleichsweise willkürlich zusammenklitterten“. Heinz Steinert widerspricht dem ungehalten, kann aber das Gegenteil nicht belegen, daher hält er den theoretischen Hintergrund für irrelevant. Schon das zeigt, dass wir es mit einem eigenartigen Phänomen zu tun haben. „Theorie“ und zweckrationale politische Konzepte zu verlangen, sei eine „Entpolitisierung“ der RAF (407/408). Man messe sie am Politikverständnis von Berufspolitikern. Es sei ihnen und ihrem Umfeld um eine *expressive Form des Protestes* gegangen, was angesichts des damaligen Zeitgeistes nachvollziehbar sei; denn – wie weite Teile der nun folgenden Darstellung zeigen – sei die Radikalisierung der RAF nur verständlich, wenn man den repressiven Charakter der staatlichen (und gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen und Reaktionen bedenke. Sie hätten zur Entstehung zahlreicher Formen *linken Protestes* geführt, der von den Autoren näher betrach-

11 Zitiert wird hier aus Band 4/2 „Protest und Reaktion“. Vertieft wird hier der Beitrag von Steinert u.a., S. 388 – 601: Sozialstrukturelle Bedingungen des „linken“ Terrorismus der 70er Jahre. Dargestellt wird auch die Entstehung der „Neuen Linken“, S. 512. Auftraggeber war Maihofer (Innenminister 1977) und später sein Nachfolger Baum. Beide wollten nicht nur eine Beratung zum Zweck der besseren Polizeitaktik, sondern auch verstehen, was die RAF so attraktiv gemacht hat für die Generation der sog. Studentenbewegung 1968. Rückblickend wundert sich Joachim Radkau, *Geschichte der Zukunft*, 2017, S. 321, wieso der Tod von Baader und anderen zu einem Ereignis wie dem „Deutschen Herbst“ 1977 stilisiert werden konnte. Viele der damaligen Linken empfanden dies als „tiefe Zäsur“, welche von „Nachgeborenen“ nur schwer nachempfunden werden kann (etwa die subjektiv empfundene Stimmung eines Bürgerkriegs). Auch die Wut ist nicht mehr nachvollziehbar. Zweifelloso entstand aber eine „Linke“, die auf „Authentizität“ Wert legte und die Last der Theorien abstreifte.

12 Hess, *Terrorismus: Quo vadis*, in: Kemmesies (Hg.) *Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur*, BKA 2006, 105-150.

tet wird. Die These vom engen Zusammenhang zwischen RAF und Jugendbewegung ist dann auch das zentrale Thema der für die Innenminister angefertigten Studie. Heinz Steinert u.a. untersuchen nicht die Dynamik zwischen den Mitgliedern dieser Gruppen. Sie bestehen darauf, dass sie lediglich reagieren, wie auch die sie umgebenden „Linken“. Zwar kann man aus heutiger Sicht zeigen, dass die 1. Generation der RAF noch vergleichsweise nachvollziehbar handelte. Bei den Nachfolgern war das Morden noch sinnloser. Dies soll hier kurz skizziert werden. Die erste Generation ging – von Horst Mahler abgesehen – nicht freiwillig in den Untergrund. Sie waren wegen der Verweigerung des Haftantritts anlässlich der Verurteilung (1968) wegen der Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung (1967) zur Fahndung ausgeschrieben. Erst die nächsten Generationen waren reine Überzeugungstäter. Immerhin: die Auswahl der Mordopfer traf – im Gegensatz zu heutigen Islamisten – nur wichtige Repräsentanten der wirtschaftlichen Elite. Bedroht waren ferner alle hochrangigen Politiker. Sie konnten alle aus Angst vor Attentaten nur noch mit einem engmaschigen Polizeischutz leben.

Vergleicht man diese vielfältigen einschüchternden Effekte der RAF mit den heutigen völlig unvorhersehbaren Bedrohungen durch den Terror von Islamisten, fällt auf, dass mittlerweile nicht mehr – wie zu Zeiten der RAF – die Elite, sondern jedermann Opfer werden kann. Bezweckt wird von Islamisten nur noch eine diffuse Atmosphäre von Furcht und Schrecken. Dennoch gleichen sich beide Formen des Terrorismus. Sie erschöpfen sich in der Erzeugung von Furcht und zwingen zu einer Sicherheitspolitik, die ein freies und sorgloses Leben erstickt. Beide haben auch keine stringente Verbindung zu einem wie auch immer gearteten „bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus“ oder „Kampf gegen den Westen“. Das sind in beiden ideologischen Lagern nur noch leere Phrasen. Auch fehlt jede instrumentelle Logik. Erklären kann man dies nur noch mit Gruppenprozessen, welche bei den Mitgliedern und Sympathisanten eine eigene Realität schaffen und die Wahrnehmung der Realität, die andere sehen, völlig vernebeln. Bei der RAF kam außerdem noch ein Überbietungswettbewerb innerhalb der damals entstehenden sog. „linken Bewegungen“ hinzu. Heute erscheint uns das gänzlich irrational.

Was damals und heute „links“ meinte oder zumindest meinen könnte, soll dennoch vorerst einmal dahin stehen. Es scheint aber so zu sein, dass es ein leerer Begriff ist. Leer sowohl für die „Linken“ als auch bei denjenigen, welche gegen „die Linken“ polemisieren. Fragen wir also, was Menschen wie Gudrun Ensslin oder Ulrike Meinhof politisiert hat. Denn sie waren in ihrem Vorleben vor den ersten kriminellen Aktionen ernsthaft an einer Analyse interessiert¹³. Auch Horst Mahler war 1967 noch der prominenteste Anwalt der „linken“ Szene und ist erst 1969 in den Untergrund gegangen. Anlass war der absurdeste aller Zivilprozesse, die Schadensersatzklage (in gigantischer Höhe von DM 506.996,71) „Springer gegen Mahler“ 1968. Mahler wurde von Josef

13 Allerdings war Ulrike Meinhof auch eine Agentin der StaSi, die sich nicht zu schade war, Reich-Ranicki auszuforschen, ob er im Warschauer Ghetto „kollaboriert“ hätte, vgl. hierzu <http://literaturkritik.de/id/7033>.

Augstein und Schily anwaltlich vertreten¹⁴. Springer – als Zeuge eindringlich befragt – litt unter der von ihm selbst provozierten Situation, zollte aber später dem intensiv und zugleich fein nachfragenden Anwalt Schily höchsten Respekt¹⁵.

2. Attraktivität und Elend der RAF Mitglieder der Ersten Generation

a) Ausgewählt wird im Folgenden Gudrun Ensslin. Sie war in den Augen ihres Anwalts Schily ernsthaft – und mit seiner Hilfe – in der Lage, ihr politisches Ziel zu formulieren, so dass es sich für ihn lohnte, eine mustergültige Form der politischen Verteidigung zu erproben. Schily war 1968 ein unbekannter Strafverteidiger. Der Star der sog. linken Anwälte war damals noch Horst Mahler. Gudrun Ensslin musste sich am 14.10.1968 vor der vierten Strafkammer des Frankfurter Landgerichts wegen des 1967 zusammen mit Baader, Thorwald Proll und dem agit-prop Theatermann Söhnlein verübten Kaufhaus-Brandes verantworten. Gebrannt hatte eine Matratze, angekohlt war ein Wandschrank, es kam niemand zu Schaden, aber die Tathandlung war gefährlich, da eine selbstgebastelte Bombe den Brand ausgelöst hatte. Protestiert werden sollte gegen „die Gleichgültigkeit“ der Konsumgesellschaft und gegen den Vietnam-Krieg. Das Prozessverhalten der Mitangeklagten erinnerte an ein „agit-prop“-Theater, das von Gudrun Ensslin gezeigte Verhalten war deutlich besser, aber dennoch zu sprunghaft und wenig überlegt. Zunächst gestand sie, dann widerrief sie das Geständnis. Wie sollte Schily da plausibel verteidigen? Dennoch versuchte er sie als Überzeugungstäterin, die aus Empörung über den Vietnamkrieg ein „Zeichen“ setzen wollte, zu inszenieren. Er beantragte die Verlesung eines Textes von B. Russel. Doch der autoritäre Richter (Gerhard Zoebé) erwies sich – dem damaligen Zeitgeist entsprechend – als äußerst begrenzt in seiner juristischen Denkweise. Er ließ die Verlesung des Russel-Textes nicht zu, interessierte sich also nicht einmal im Ansatz für eine Klärung der Schuld- und Strafzumessungsfrage. Schily versuchte dennoch in einem bemerkenswert emotionalen Schlussplädoyer den Vietnamkrieg als Schlüsselerlebnis seiner Mandantin darzustellen und sie als Gewissenstäterin zu zeichnen. Das Urteil ging jedoch auf diese subjektive Seite der Tat mit keinem Wort ein und zielte auf Abschreckung: drei Jahre ohne Bewährung. In der Revision kam Schily nicht weiter. Damit war – verkürzt ausgedrückt – für die Verurteilten Baader und Ensslin der Weg in den Untergrund vorgezeichnet. Aber welchen politischen Hintergrund hatte die Verurteilte damals? Im Unterschied zu Ulrike Meinhof war sie als Doktorandin der Germanistik eher literarisch gebildet. Wie Gerd Koenen¹⁶ und die Biographin Ingeborg Gleichauf¹⁷ zeigen, lässt sich Gudrun Ensslin weder als rigide noch als fundamentalistisch charakterisieren. Sie war

14 Vgl. den Bericht und das Foto der drei gepflegt auftretenden Herren bei Stefan Reinecke, Otto Schily, 2003, S. 106. Dieser Prozess dürfte der Anfang vom absteigenden Zick-Zack-Weg des damals noch angesehenen Anwalts Horst Mahler sein.

15 Gerhard Mauz nannte das am 4.3.1970 „den Ritterschlag“ für den Rechtsanwalt Otto Schily, vgl. Reinecke S. 112.

16 Koenen, Vesper, Ensslin, Baader, 2005.

17 Gleichauf, Poesie und Gewalt. Das Leben der Gudrun Ensslin, 2017.

offen für Neues. Allerdings veränderte sich dies, was schon an ihrem Vokabular deutlich wird. Ihre Sprache verwehrte. Die bis dahin komplex formulierende Frau begann mit der Beziehung zu Baader nur noch im „Freund-Feind-Schema“ zu reden und zu agieren. Sie begeisterte sich nur noch für Themen wie Kampf und Waffen und ihre Sprache verlor auch bei privaten Themen jede Empathie für andere (wie Briefe über die Beziehung zu den Eltern belegen). Ein politisches Konzept ist weder bei ihr noch bei Baader erkennbar – auch nicht in der Rückschau. Vermutlich hatte ihr Anwalt Schily zum Zeitpunkt des Frankfurter Kaufhausbrand-Prozesses etwas in ihr gesehen, was sich zwar hätte entwickeln können, das aber völlig überlagert wurde, sonst hätte er sie nicht als „Gewissenstäterin“ verteidigt. Seine Mandantin war zum einen eine literarisch gebildete, politisch interessierte junge Frau, zum anderen aber bereits völlig von Baaders Brutalität fasziniert. Schilys Bild zeichnete eine als Gesinnungsethikerin idealisierte, teilweise phantasierte Person. Ensslin hätte zwar – mit einem anderen Freund und unter anderen sozialen und politischen Gegebenheiten – so sein können, wie sie Schily gesehen hat, sie konnte das aber in dem Milieu, das sie sich frei gewählt hatte, nicht mehr werden. Zweifellos ist ein wichtiger Faktor die – aus heutiger Sicht – bemerkenswerte Abhängigkeit von Baader. Eigentlich dominierten Mahler und Baader die RAF. Bei den späteren Generationen der RAF hatten sich deren Vorgaben völlig verselbstständigt. Schilys heftige Abneigung gegen diese Mörder der nächsten Generationen spricht Bände – sie wird schroff geäußert gegenüber Antje Vollmer, die ein Jahrzehnt später den Dialog mit den Inhaftierten suchte, um die aufgeheizte Atmosphäre zu entspannen, und zeigt Zorn und eine wenig reflektierte tief enttäuschte Reaktion. Sein Biograf Reinecke deutet dies mit einer angeblichen Wandlung. Dies erscheint fraglich, da Schilys Motiv, rechtsstaatliche Strukturen zu verteidigen, glaubwürdig durch sein ganzes Leben belegt ist. Er hatte offenbar gehofft, ein Kollege wie Mahler, den er ja als Verteidiger sehr gut kannte, und eine Gudrun Ensslin seien intellektuell in der Lage zu erkennen, dass selbst gutwillige Vertreter der Innenpolitik wie etwa der damalige Innenminister Baum und 20 Jahre später auch Schily selbst nicht durch Morde und revolutionäre Sprüche beeindruckt werden können¹⁸. Gewalt verhindert nun einmal Kommunikation.

b) Die RAF galt und gilt als die „Baader-Meinhof-Bande“. Dennoch soll hier nicht näher auf die einzige Person, die damals politisch ernst genommen wurde, eingegangen werden, die pointiert schreibende Journalistin Meinhof. Der Grund ist der, dass wir heute wissen, dass ihre Kontakte zur StaSi der DDR sehr eng waren. Was die DDR wollte, kann man ohne Kenntnis dieses Geheimdienstmaterials nicht plausibel einschätzen. Verstärkt wird der Eindruck, dass diese Kontakte nicht ignoriert werden

18 Bestätigt wird diese Einschätzung, welche der Sicht von Reinecke widerspricht, durch die Debatte zwischen Emily Laquer und Schily nach der Hamburger Randal. Schily trennte immer sehr genau zwischen politischer Kritik und der Wahl der Mittel. Außerdem erkannte er, dass schon in den 1970er Jahren nicht ein Systemwechsel (die ritualisierte Redeweise vom Sozialismus) das Thema sein konnte, sondern konkrete Kritik an empirisch belegbaren Missständen: <https://www.welt.de/vermischtes/article166301127/Schily-laeuft-gegen-alkluge-Li-nksextremistin-zur-Hoehchstform-auf.html>.

können, dadurch, dass insgesamt sehr viele Geheimdienste im Feld der RAF tätig waren. Bestätigt wird dies auch durch die Leichtigkeit, mit der Horst Mahler Waffen besorgen konnte. Diese Kontakte korrespondierten vermutlich mit seiner Bereitschaft, die Seiten zu wechseln. Wichtig war ihm dabei nur, dass eine Position so überzogen ist, dass sie seinem Drang nach Provokation entsprach. Ein Blick auf seine Bibliographie¹⁹ zeigt die eigenartige Spreizung seiner Interessen²⁰. Nach dem Zusammenbruch der sich sozialistisch nennenden Sowjetunion lässt er sich von Schily Hegels gesammelte Werke ins Gefängnis bringen und sieht die deterministischen Kräfte der Geschichte plötzlich wieder bei der „Nation“. Nur dies erklärt seine wachsende Neigung in Richtung NPD. Den Holocaust setzt er nun mit den bolschewistischen und stalinistischen Morden gleich, relativiert beides und „kämpft“ gegen das Verbot der Leugnung des Holocausts, was ihm dann erneut Verurteilungen und schließlich auch eine Inhaftierung einbringt. Die Leichtigkeit der Beschaffung von Waffen in seinem Leben als Terrorist erklärt sich durch den engen Kontakt zum Berliner V-Mann Peter Urbach. Er war schon 1969 behilflich; in einer Zeit, in der Baader und Mahler in den Untergrund gingen und schon einmal Schießübungen machten (u.a. besorgt der Verfassungsschutz-Agent Peter Urbach die Waffen). Rückblickend sind dies allerdings Gesichtspunkte, mit denen die Zeitgenossen der RAF in den 1970er Jahren noch nicht rechnen konnten. Aber in der Rückschau wissen wir mehr, als man damals wissen konnte. Das verändert den Blick. So wissen wir auch, dass der Berliner Polizist Kurras, der (nie bestrafte) Mörder von Benno Ohnesorg (1967), auch ein StaSi-Mann war. Welche Bedeutung derartige Kontakte hatten, wird vermutlich nie geklärt werden. Aber eines ihrer Ziele ist nicht schwer zu erraten: *De-Stabilisierung* der Bundesrepublik. Dies war im Interesse der DDR, passte aber auch ins Weltbild einiger Figuren in westlichen Geheimdiensten und widerstrebte auch nicht den Akteuren der RAF und ihres Umfeldes. Letztere erhofften sich von möglichst spektakulären und brutalen Aktionen eine Destabilisierung. Sympathisanten erhofften eine Destabilisierung der erstarrten und damals noch von Alt-Nazis geprägten Verhältnisse. Deshalb begrüßten sie eine solche „Bewegung“. Es fragt sich nur, wohin sollte sich die Bundesrepublik bewegen? So wie die sich selbst als „radikal links“ Fühlenden es anstellten, verhinderten sie aber jede Reflexion. Noch weniger konnten sie plausibel machen, dass man gegen den weltweiten „US-Imperialismus“ mit der Waffe kämpfen müsse. Derartige Kampf-Parolen klangen zwar für Möchtegern-Linke besser als eine kühle Politik, aber der Sache nach waren es leere Parolen. Zwar war Destabilisierung im Interesse der DDR, aber niemand in Westdeutschland

- 19 Unter „Günter Rohrmoser“, einem rückwärtsgewandten – sich als Hegelianer gebenden – Philosophen mit deutlich erkennbaren totalitären Vorlieben (eher „rechts“ als „links“), finden sich auf wikipedia die Schriften von Horst Mahler (abgerufen am 14.7.2017): <https://web.archive.org/web/20071219202123/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/forum/rede3.html>.
- 20 Hier wurde nur die absurde Freundschaft zwischen Mahler und Rohrmoser ausgewählt, um die Neigung Mahlers zum Seitenwechsel zu belegen. Hinzugefügt sei hier, dass in Weikersheim nun viele Anhänger der AfD weilen, Rohrmoser war in diesem obskuren Umfeld bestens vernetzt: <https://gaywest.wordpress.com/2007/04/20/weikersheim-rohrmoser-und-die-liberale-dekadenz/>.

wollte die Einführung einer Planwirtschaft und niemand hätte das im Westen auch noch als „Sozialismus“ verklärt. Also lässt sich schon damals die „frappierende Ziellosgigkeit“ feststellen, die Gerd Koenen heute bezogen auf die „interventionistische Linke“ in Hamburg konstatiert.

3. Was heißt heute „links“?

Armin Nassehi (Fn. 5) bestätigt das, was hier eingangs unter Berufung auf Reemtsma dargelegt wurde. „Gewalt“ ist attraktiv, aber mit einer instrumentellen Logik nicht zu verstehen. Er geht noch einen Schritt weiter und bezeichnet die heute gängigen Ziele von Linken (im weiten Sinne) als *Sympathie-Paradox*; denn es gibt nur noch wenige Menschen, die etwas gegen die Gleichberechtigung aller Menschen haben (notorisch Gleichheit genannt, was auf Ergebnisgleichheit hindeutet), niemand befürwortet die Kriege oder billigt die Armut in der Welt. Auch akzeptieren fast alle Beobachter der globalisierten Welt, dass die gegenwärtige Weltwirtschaft zwar Vorteile bringt, aber hässliche Kehrseiten hat: Ausbeutung, verschärfte ökonomische Ungleichheit und Naturzerstörung. Da „links“ nur beschrieben werden kann mit einem Blick auf „rechts“, analysiert Nassehi deren Dilemma. Verlautbarungen der extremen Rechten laufen auf eine öde Polemik gegen Europa, gegen Fremde, gegen eine offene Migrationspolitik hinaus, sie bejahen teilweise eine völkische Identitätspolitik und wehren sich gegen Vielfalt. Damit haben sie ein *Antipathie-Paradox*. Zwar können Realpolitiker die Probleme nicht lösen, die von den extremen Rechten angeprangert werden, aber diese Populisten können auch nicht sagen, wie denn illegale Migration eingedämmt werden soll. Sie findet statt. Kluge Antworten sind schwierig. Was die „Linken“ betrifft, so haben sich spätestens seit den 1980er Jahren²¹ und dann ganz deutlich nach dem Ende des Kalten Kriegs Utopien erschöpft (so Habermas 1985). Es geht nun darum, die komplexen Vor- und Nachteile konkreter politischer Schritte abzuwägen und offen zu sein für konstruktive Ideen und umfassende Dialoge. Marx ist als historischer Autor wieder interessant geworden, aber die politische Botschaft von Leninisten ist obsolet. Aber selbst die Kapitalismuskritik ist nur noch als Satire kommunizierbar: „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“ (so Ulrike Herrmann).

Was bedeutet dies nun, wenn Aktivisten ankündigen, gewaltsam einen Gipfel zu blockieren? Beobachter müssen wissen, dies ist ein überholtes Ritual. Die Blockade soll Gruppenerlebnisse schaffen. Selbst wenn man umgekehrt auch den G20 als „politisches Theater“ ablehnen sollte, so ist es wichtig zu zeigen, dass eine Blockade völlig sinnlos ist. Sie hat mit Demonstrationen wenig bis nichts zu tun. Kritik an den Folgen der Globalisierung ist wichtig, aber es ist unangemessen, solche Gipfel verhindern oder erheblich erschweren zu wollen, da in einer medial hochgerüsteten Welt auch „Theater“ unvermeidbar ist. Die angekündigte Blockade war also nicht mehr als ein Ritual. Dass es gewaltsam umgesetzt werden sollte, zeigte die Brisanz. Denn schon der Name der Demonstration „welcome2hell“ zwang zu einem großen Polizeiaufgebot.

21 Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, 1985.

Zu behaupten, die Gewalt sei „Gegengewalt“ und der „Krawall“ lediglich eine Folge von verfehlter Polizeitaktik, ist schief. Selbst wenn die Polizeistrategie verfehlt gewesen sein sollte, rechtfertigt das nicht Nachsicht mit dem Ziel einer Blockade in der Form der Taktik schwarzer Blöcke.

IV. Was war und ist so attraktiv an sinnentleerten Protesten?

Kommen wir zur Anfangsfrage zurück. Unterscheidet sich „rechter“ (PEGIDA) von „linkem“ Protest strukturell? Offensichtlich sind nur die inhaltlichen Unterschiede. Aber kann man – jenseits der sympathischen oder unsympathischen Phrasen, also den grundlegend verschiedenen *Inhalten*, ferner den kulturell sehr verschiedenen *Ritualisierungen* und den inhaltlich äußerst gegensätzlichen „Systemkritiken“ Gemeinsamkeiten erkennen? Nach der bisher dargelegten Analyse sind es die fehlenden politischen Ziele und Konzepte. Wer sich in *leerer Empörung* erschöpft, sollte seine Meinung zumindest friedlich äußern. Denn was könnte denn durch so leere Forderungen bezweckt werden? Sollten die Veranstalter von PEGIDA etwa meinen, der AfD zu hohen Stimmenanteilen zu verhelfen? Kurzfristig mag ein gewisses Medienecho dazu führen, aber dieser Effekt verpufft schnell. Letztlich gehen sie in die *Antipathie-Falle*. Ähnlich sieht es bei der „interventionistischen Linke“ aus. Ein Krawall wie in Hamburg (oder schon zuvor an anderen Orten) bringt der Partei „Die Linke“ sicher keine Stimmen. Ihre politischen Gegner überschlagen sich nun mit reflexartig geäußerten, aber letztlich ebenfalls ins Leere laufenden Gesetzesverschärfungen. Krawall und die anschließenden Debatten übertönen zunächst einmal jedes Argument. Blockadepolitik gehört mittlerweile zu völlig veralteten Formen einer – vor 50 Jahren gut nachvollziehbaren und tendenziell mehrheitsfähigen – außerparlamentarischen Opposition. Unter den Bedingungen einer moderaten institutionalisierten Politik verfehlen solche Vereinfachungen die komplexen inhaltlichen Fragen, die sich in einer global vernetzten Welt nun einmal stellen.

Was könnten nun die Lehren aus der Fehleinschätzung der Hamburger Einsatzleitung sein? Mehr Repression gegen Einzelne, die mehr oder weniger zufällig identifiziert werden können, ist sicher der falsche Weg, weil diese eindeutig kriminell handelnden jungen Männer nun einmal nicht diejenigen sind, welche solche Szenarien bewusst herstellen oder zumindest ermöglichen. Es waren Akademiker und Veranstalter aus Hamburg, Anwälte wie die in Hamburg agierenden *Andreas Blechschmidt*²² und *Andreas Beuth* und die Organisatoren der Roten Flora²³. Sie und nicht nur diejenigen, welche chaotische Situationen ausnutzen, müssten zumindest gesellschaftlich zur Re-

22 http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_81661532/g20-gipfel-anwalt-der-roten-flora-angezeigt.html.

23 Bezeichnend die unsäglich Stellungnahme am Ende der Krawalle von Emily Laquer „Auch Schwarz, also die Autonomen, ist ein Teil von Bunt.“

chenschaft gezogen (und zumindest mit berufsrechtliche Sanktionen²⁴ belegt) werden, statt immer wieder neu die Bilder der Randalen zu zeigen. Sinnlos ist es auch, Forderungen nach „mehr Strafrecht“²⁵ zu stellen; denn dies geschieht ebenfalls ritualistisch und nicht, weil man sich ein Konzept überlegt hat, wie solchen Organisatoren zu begegnen ist. Die weitere Entwicklung der Roten Flora und den Reaktionen auf die zahlreichen Gruppen der „interventionistischen Linken“ hängen davon ab, wie reflektiert die Hamburger Bürgerschaft und andere Kommunen künftig agieren werden²⁶. Mit Schuldzuweisungen kommt man jedenfalls nicht weiter, sondern nur mit einer klaren gesellschaftlichen Ächtung von Phrasen wie „Kampf dem US-Imperialismus“. Möge doch – um im Hamburger Bild zu bleiben – die Rote Flora in Kooperation mit Bildungseinrichtungen der Stadt Hamburg ihre leere Formel füllen. Auch wäre es angebracht, wenn die SPD ihre nicht minder leere Phrase von der „Gerechtigkeit“, die sie angeblich erreichen will, konkretisieren würde. Gelingt dies nicht, was fast zu vermuten ist, dann hätten alle Beteiligten und die Beobachter gelernt, dass die Politik gegenwärtig nur noch mit widersprüchlichen Wirkungen und paradoxen Effekten rechnet. Besonders auffällig wird dies bei der Forderung nach einer internationalen Datei derer, die auf Demonstrationen aufgefallen sind. Es ist nicht nur die Gesinnung, welche Gewalt produziert, sondern ein gesellschaftlicher Rahmen, in dem paradoxe Botschaften ausgegeben werden. Es sind ja gerade keine definierbaren politischen Einstellungen, welche zu Gewalt als Selbstzweck führen. Es sind vielmehr Situationen, welche derartige Aktionen ermöglichen und in denen gelernt wird, dass nur wenige Sündenböcke für die Folgen verantwortlich gemacht werden²⁷. Aber symbolische Strafen auf der einen und falsche Toleranz auf der anderen Seite sind beide kontraproduktiv. Es muss von denen, die friedlich sein wollen, akzeptiert werden, dass die Organisationsform „Schwarzer Block“ seitens der Polizei nicht toleriert werden kann und das Vermummungsverbot nicht gelockert werden darf. Auch diejenigen, welche lieber eine „bunte Reaktion“ suchen, sind auf einem illusionären Weg. Denn angesichts der Risiken, an die wir uns gewöhnt haben, sind klare Grenzen gefordert, was noch legitimer und was illegitimer Protest ist. Und wenig Sinn macht es schließlich auf so nette Ideen zu setzen wie „rock gegen links“. Denn wenn alle wissen, dass die linken Ziele ja eigentlich gut sind, aber gewaltlos durchgesetzt werden sollen, dann bleibt eine solche Veranstaltung

- 24 Auch mit einer strafrechtlichen Verurteilung wegen Anstiftung zu schwerem Landfriedensbruch – <https://www.abendblatt.de/hamburg/article212056733/Nach-G20-Krawallen-Ermitlungen-gegen-linke-Aktivisten.html>.
- 25 Im Wahlkampf kam einzelnen CSU- und CDU-Politiker wieder diese sinnlose Idee. Sie meinen, wenn der Tatbestand des Landfriedensbruchs *erweitert* werde auf Tatbeiträge, die das Strafrecht als Beihilfehandlungen ohnehin sanktioniert, sei dies hilfreich. Offenbar ist dies als Stimmenfang gemeint, kann aber wohl niemanden überzeugen.
- 26 Mittlerweile erstarben diese Gruppen, da sie sich über ihre kurzfristige Macht und bestärkt durch die Hilflosigkeit der Hamburger Reaktionen bestätigt fühlen: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article167392009/Verrohung-der-Autonomenszene.html>.
- 27 Etwa der Ende August in erster Instanz hart verurteilte Mann: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/exklusiv-vw-skandal-ex-innenminister-kuendigt-klagewelle-an-1.3643283>.

zu abstrakt²⁸. Im Unterschied zur „extremen Rechten“ befinden sich gemäßigte „Linke“ im *Sympathie-Paradox*. Fast alle sind für die Ziele, die im Vorfeld solcher Aktionen, als „gut“ propagiert werden. Es droht ihnen deswegen auch fast schon die Nähe zur Narrenfreiheit. Aber wenn man nicht mit plausiblen Argumenten „dagegen“ sein kann, dann kann man auch nicht musikalisch gegen „linke Gewalt“ ansingen. Alle, die an öffentlichen Debatten teilnehmen, müssen sich also zwingen, etwas konkreter zu werden und fordern, Abstand zu halten zum Schwarzen Block.

Kontakt:

Prof. Dr. Monika Frommel
Feldstr. 65
24105 Kiel

28 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsrock-event-eine-thueringische-kleinstadt-schlaegt-alarm-15106844.html>.